

Inflation – der lautlose Wohlstandskiller

Der Niedergang des Mittelstands

Nach dem obligaten Säbelgerassel der Gewerkschaft haben die Arbeitgeber der Metallbranche eingelenkt, und am Ende einer deutlich über die Inflationsrate liegenden Lohnsteigerung zugestimmt. Zum Zeitpunkt, da dieser Text entsteht, ist noch unklar, zu welchem Ergebnis die Verhandlungen um die Eisenbahnerlöhne ausgehen werden. Wie auch immer die von Streikdrohungen begleitete Feilscherei ausgehen mag – als Hauptnutznießer werden in keinem Fall die Arbeitnehmer vom Platz gehen, sondern der Fiskus, was den meisten Zeitgenossen gar nicht ins Bewusstsein dringt.

Dass die Netto-Reallöhne deshalb seit Jahren kaum von Fleck kommen, weil sich der Staat zumindest die Hälfte davon aneignet, wird kaum diskutiert. Immerhin sind dem Land der Hämmer bisher wenigstens Streikorgien erspart geblieben, wie man sie zum Beispiel aus Frankreich kennt.

Ungemach droht also nicht von der Arbeitskampffront, sondern aus einer Ecke, der ebenso wenig mediale Aufmerksamkeit zuteilwird wie der „kalten Progression“: Es geht um die *Inflation*. Amtlich ausgewiesen wird für das laufende Jahr derzeit ein Wert von rund zweikommazwei Prozent. Das von der EZB angepeilte „Inflationsziel“ wird heuer daher bereits um ein Zehntel überschritten. Dennoch läuten keine Alarmglocken, denn Inflation, so versichern uns die nationalökonomisch versierten Fachleute unermüdlich, sei „alternativlos“ notwendig, um ein *Deflation* zu verhindern. Ende der Durchsage. Was an einer Kaufkraftsteigerung pro Währungseinheit übel sein sollte (und nichts anderes ist die Konsequenz einer Deflation), ist noch niemals plausibel argumentiert worden.

Nun gibt es Zeitgenossen, die sich der Mühe unterziehen, die Preisdynamik ausgesuchter Produkte zu untersuchen – ohne einen listenreich zusammengestellten Warenkorb (der Begriff „getürkt“ verbietet sich aus Gründen der politischen Korrektheit) zu Rate zu ziehen. So errechnet sich heuer für Brot eine Preissteigerung von rund 17 Prozent. Seit Einführung der schwindsüchtigen Esperantowährung anno 2002, hat sich der Brotpreis folglich mehr als verdoppelt. Wer bitteschön verdient heute doppelt so viel wie damals (von den Bewohner geschützter Werkstätten und Politikern abgesehen)?

Dass in den amtlichen Statistiken die dynamische Preisentwicklung im Immobiliensektor und bei den Aktienkursen völlig unbeachtet bleibt, ist alles andere als ein Zufall. Würden diese, was ja die Realität viel besser abbildete, in die Beobachtungen einfließen, ergäbe sich ein ziemlich erschreckendes Bild, das die staatlich orchestrierte Geldmengenvermehrung schlagartig offenbaren würde. Preissteigerungen auf breiter Front, quer durch alle Branchen, sind nämlich weder ein Naturphänomen, noch sind sie den Umtrieben gieriger Plutokraten geschuldet, sondern ausschließlich die Folge einer Ausweitung der Geldmenge. Würde die Mehrheit der Wahlberechtigten das begreifen, käme es der Nomenklatura höchst ungelegen. Die macht nach dem Motto „*haltet den Dieb!*“ für die Preisinflation viel lieber gierige Unternehmer und Spekulanten verantwortlich. Für die Regierenden ist es einfach komfortabler, das Publikum im irrigen Glauben zu lassen, gierige Finanzjongleure und der ruchlose Turbokapitalismus seien für die dramatische Preisinflation in bestimmten Segmenten verantwortlich und nicht etwa die inflationäre Geldpolitik.

Preissteigerungen, Lohnerhöhungen die durch die kalte Progression entwertet werden, und eine immer weiter verschärfte Inflation sorgen dafür, dass der Massenwohlstand sukzessive erodiert. Nicht etwa der von denjenigen, die zur Wohlstandsproduktion nichts beitragen, denn die verfügen ja unter den Sozialisten in allen Parteien und in den NGO's über eine starke Lobby. Auch nicht jener der wirklich Vermögenden, die immer Mittel und Wege finden, um der frivolen Fiskal- und Schuldenpolitik der Regierungen auszuweichen oder gar daran zu verdienen. Nein, der

hart arbeitende und von allen Seiten immer stärker unter Druck geratene Mittelstand ist es, der die Zeche zahlt.

Auch die jüngste Pensionsrunde zeigt deutlich, dass pensionierte „Besserverdiener“ bei den Erhöhungen stets die Dummen sind. Dass sie in der Zeit ihrer aktiven Karriere die höchsten Sozialversicherungsbeiträge geleistet haben, wird nämlich gerne vergessen und sie werden regelmäßig mit deutlich unter der Inflationsrate liegenden Pensionssteigerungen abgespeist, was einem Diebstahl gleichkommt.

Damit nicht genug: *Private Altersvorsorgen* (z. B. Erlebensversicherungen) werden durch die stetig anziehende Inflation scheinbarweise enteignet. Es ist, als ob man aus Ihrem Vorratsschrank klammheimlich und unbemerkt eine Konservendose nach der anderen davontrüge. Die Sparer in Deutschland haben nach Berechnungen der Comdirect Bank und des Finanzdienstleisters Barkow Consulting, durch die Nullzinspolitik der EZB allein im ersten Halbjahr 2018 rund 17 Milliarden Euro an Zinsen verloren. Für Österreich kann demgemäß von ungefähr einem Zehntel dieses Betrages ausgegangen werden. Das ist ein gewaltiger Brocken.

Fazit: Sozialistische Umverteilungspolitik erreicht früher oder später immer ein für alle Beteiligten trauriges Ende. Dann nämlich, wenn das Geld des bürgerlichen Klassenfeindes restlos verjubelt ist. Zu diesem Zeitpunkt werden die dafür Verantwortlichen allerdings längst nicht mehr in Amt und Würden sein. Für die in ihrer aktiven Zeit getätigten Fehlleistungen haftbar sind sie aufgrund der in Demokratien herrschenden, *unbeschränkten Narrenfreiheit der politischen Klasse* ohnehin niemals.

a.toegel@atomed.at